

**Dr. Reinhard Brandl**

- (A) Das betrifft nicht mehr nur den Nordirak, sondern das ganze Land. Dementsprechend weiten wir unser Einsatzgebiet auch aus. Lieber Herr Kollege Lamsdorff, wir wissen heute nun einmal nicht, wie sich die Situation im Irak in den nächsten Wochen und Monaten entwickelt. Daher können wir auch nicht voraussagen, wo unsere Soldaten tatsächlich zum Einsatz kommen. Wissen Sie, was sie beispielsweise leisten? Fähigkeitsaufbau insbesondere im Bereich der Kampfmittelräumung und der Entschärfung! Natürlich ist heute nicht klar, wo in vier Monaten und in acht Monaten Bomben entschärft werden müssen.

Daher brauchen wir in diesem Mandat eine entsprechende Flexibilität. Sie ist im Text auch enthalten. Ich finde das richtig.

Wir werden uns in der nächsten Woche im Verteidigungsausschuss intensiv darüber unterhalten, wie wir das, was wir erreicht haben, stabilisieren können, wie wir der Bedrohung durch den „Islamischen Staat“, die immer noch vorhanden ist, entgegen können und wie wir die Menschen im Irak auch im Kampf gegen den IS weiter unterstützen können.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Ich schließe die Aussprache.

- (B) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf der Drucksache 19/1093 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 6 sowie Zusatzpunkt 1 auf:

6. Beratung des Antrags der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan**

**Drucksache 19/1094**

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Innenausschuss  
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz  
Verteidigungsausschuss  
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Haushaltsausschuss gemäß § 96 der GO

ZP 1 Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven des deutschen Afghanistan-Engagements**

**Drucksache 19/1120**

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss (f)  
Innenausschuss  
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz  
Verteidigungsausschuss  
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Bundesaußenminister Heiko Maas.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach 17 Jahren Afghanistan-Engagement wird in unserem Land und auch hier vielfach gefragt: Was hat das gebracht? Es gibt viele Fragen, die sich in dieser Diskussion stellen, und wir haben Anlass genug, auch sehr selbstkritisch auf diese Zeit zurückzublicken.

Aber in der Diskussion gerät oft aus dem Blick, welche Fortschritte es in Afghanistan seit 2001 gegeben hat. Es gerät aus dem Blick, dass in den Jahren der grausamen Taliban-Herrschaft international agierenden Terroristen ein sicherer Hafen geboten wurde und die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden. Und es gerät aus dem Blick, dass die Stabilisierung eines Staates nach Jahren eines intensiven, gewaltsamen Konfliktes nicht weniger als eine Generationenaufgabe ist, die vor allen Dingen eines, nämlich strategische Geduld, erfordert.

Leicht gerät auch in Vergessenheit, dass sich Umfang und Charakter unseres militärischen Engagements über die Jahre fundamental gewandelt haben.

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Haßelmann?

**Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:**

Nein, ich würde das gerne im Zusammenhang zu Ende ausführen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann mache ich eine Kurzintervention!)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Dann gestatten Sie keine Zwischenfrage?

**Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:**

Genau. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, 130 000 Soldatinnen und Soldaten haben sich in Afghanistan befunden. Inzwischen – und auch das wird nicht häufig genug gewürdigt – hat die afghanische Regierung die Sicherheitsverantwortung selbst übernommen. Diese

**Heiko Maas**

- (A) schwere Aufgabe wird – wenn auch unter enormen Opfern – mittlerweile bewältigt.

Ob wir uns in Afghanistan weiter engagieren sollten, ist aber nicht nur eine Frage der Vergangenheit, sondern es ist vor allen Dingen eine Frage mit Blick auf die jetzige Situation im Land und natürlich auch auf die Aussichten in der Zukunft. Um diese Fragen zu beantworten, hat die Bundesregierung im Perspektivbericht Afghanistan die Lage vor Ort und unser Engagement in seiner ganzen Bandbreite – zivil wie auch militärisch – einer mehr als kritischen Reflexion unterzogen. Der Bericht zeichnet ein ungeschöntes Bild von Afghanistan und den Herausforderungen, vor denen die Regierung, die Menschen in Afghanistan, aber auch die internationale Gemeinschaft jetzt und in der Zukunft stehen.

Der Bericht geht nüchtern und eben auch vor allen Dingen selbstkritisch auf Versäumnisse und Unzulänglichkeiten ein, die niemand ernsthaft in Abrede stellen kann. Dazu gehört – das muss man im Rückblick so benennen – auch die starre Fristsetzung für einen Abzug der internationalen Truppen. Das hat den Taliban die Zuversicht gegeben, uns aussitzen zu können.

Wer jetzt oder für einen festen Zeitpunkt in der Zukunft einen vollständigen Abzug unserer Truppen aus Afghanistan fordert, der muss sich dann aber auch bitte der Frage stellen, was die Konsequenzen wären. Denn auch Nichthandeln hat einen Preis. Wir sind davon überzeugt, dass der Rückzug uns teuer zu stehen kommen würde und es deshalb in unserem Interesse liegt – auch im Interesse dessen, was dort angefangen wurde –, Afghanistan weiter zu unterstützen und dies auch militärisch zu tun.

(B)

Meine Damen und Herren, Afghanistan steht nämlich in den nächsten Jahren vor ganz entscheidenden Wegmarken.

(Zuruf von der AfD: Jahrzehnten!)

2018 sollen die Afghanen ein neues Parlament und im Frühjahr 2019 einen neuen Präsidenten wählen. Diesen Schlüsselherausforderungen muss sich das Land auch stellen. Die Regierung muss der überwiegend jungen Bevölkerung – über 40 Prozent sind jünger als 15 Jahre – eine glaubhafte Perspektive bieten. Sie muss weiterhin den aufständischen Gruppen, die ihr insbesondere in Gebieten mit ländlichem Charakter die Kontrolle streitig machen, entgegenreten; denn solange die Sicherheitslage prekär ist, wird es keinen wirtschaftlichen Aufschwung geben. Die Verantwortlichen müssen auch den Kampf gegen die Korruption entschlossen fortführen. Hier gibt es erste Fortschritte etwa bei der Strafverfolgung in großen Korruptionsfällen, gerade in den Streitkräften und den Ministerien. Wir erwarten von der afghanischen Regierung, dass sie diesen Reformkurs entschlossen hält. Das ist eine klare Bedingung – das wurde immer so gesagt – für die Fortsetzung unserer Unterstützung.

Das Wichtigste ist aber die Friedensperspektive, die es in Afghanistan gibt. Ende Februar hat Präsident Ghani den Taliban ein umfassendes Angebot für Friedensgespräche gemacht. Dieses Angebot wird von der internationalen Gemeinschaft unterstützt. Wir sind uns mit den USA und den anderen Alliierten in der NATO ebenso

einig wie mit China und Russland, dass Frieden in Afghanistan nicht allein durch militärische Mittel erreicht werden kann. Frieden in Afghanistan wird am Ende nur durch einen politischen Versöhnungsprozess unter Afghanen möglich werden, der die in der afghanischen Verfassung verbrieften Rechte der Menschen, die dort leben – dazu gehört auch die Demokratie –, ebenso wie die individuellen Freiheitsrechte schützt. Die Regierung in Kabul hat ihre Hand hierzu ausgestreckt und muss sich im Weiteren ernsthaft um eine Lösung des Konflikts mit den Taliban bemühen. Nun ist es aber auch an denen, auf dieses Angebot ernsthaft einzugehen.

(C)

Durch unsere Unterstützung des Versöhnungsprozesses sowie des weiteren Auf- und Ausbaus selbsttragender afghanischer Streitkräfte wollen wir das Generationenprojekt der Stabilisierung in Afghanistan vorantreiben. Ein Teil dieser Bemühungen ist die Unterstützung, die die Bundeswehr im Rahmen dieses Mandats leistet. Dafür bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Dann erteile ich das Wort der Kollegin Britta Haßelmann zu einer Zwischenbemerkung.

**Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Auch wenn ich nicht mehr die Gelegenheit habe, dem Minister eine Frage zu stellen, will ich Folgendes sagen: Es ist gleich 10 Uhr. Wir reden heute über ziemlich wichtige Mandate. Mir ist daher überhaupt nicht erklärlich – das hätte ich Sie gerne gefragt –, warum das Kanzleramt bei dieser Debatte nicht vertreten ist.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und der LINKEN)

Bis heute war mir nicht klar, dass es dort irgendeinen Personalmangel gibt. Ich finde, dass die Beteiligung des Bundeskanzleramts an solchen Debatten sicherzustellen ist.

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Herr Bundesaußenminister, Sie können antworten, Sie müssen aber nicht.

**Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:**

Nein.

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Dann hat das Wort zu einer weiteren Zwischenbemerkung die Kollegin Christine Buchholz, Fraktion Die Linke.

**Christine Buchholz (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Maas, Ihnen ist sicher bewusst, dass die Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes betreffend die Sicherheit in Afghanistan auch maßgeblich für Abschiebungen nach Afghanistan ist.

**Christine Buchholz**

- (A) Nun hat die Vertreterin Ihres Hauses im Verteidigungsausschuss gesagt, dass es seit Monaten keine neue Lageeinschätzung betreffend die Sicherheit in Afghanistan gibt, weil unter anderem die Botschaft gar nicht in ausreichendem Umfang handlungsfähig ist. Ich frage Sie: Können Sie mir sagen, welche Regionen in Afghanistan sicher sind, wie Sie zu einer Lageeinschätzung kommen wollen und wie Sie damit umgehen, dass Abschiebungen nach Afghanistan tatsächlich stattfinden, obwohl Ihr Haus offensichtlich nicht in der Lage ist, eine aktuelle Sicherheitsbewertung vorzunehmen?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Herr Bundesaußenminister, mögen Sie antworten?

**Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:**

Ich würde gerne darauf antworten. – Wie Sie wissen – diese Einschätzung gibt es seit einiger Zeit –, gibt es unterschiedliche Bewertungen für unterschiedliche Gebiete. Es ist uns im Moment tatsächlich nicht in vollem Umfang möglich, abschließend Bewertungen dazu durchzuführen, wie sich die Lage in Zukunft entwickeln wird. Auch das ist ein Grund, der uns zu dem Ergebnis gebracht hat, dieses Mandat fortzuführen und Sie darum zu bitten, dem zuzustimmen; denn an der Lage wird sich nichts verbessern, wenn wir uns jetzt zurückziehen. Dann wird sich nicht nur tatsächlich, sondern auch im Hinblick auf die Bewertungsfragen und die Möglichkeit, solche wichtigen Informationen zusammenzutragen, nichts verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Das war aber sehr schwach!)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Jetzt erteile ich zu einer weiteren Kurzintervention dem Kollegen Grosse-Brömer das Wort.

**Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich persönlich habe großes Verständnis dafür, dass die Kollegin Haßelmann die sympathischen Kollegen des Kanzleramtes, insbesondere den neu ernannten Minister Braun und den neuen Staatsminister Hoppenstedt, vermisst. Die Frage ist, warum sie nicht anwesend sind.

Aus Sicht des Parlaments muss natürlich die Frage gestellt werden: Ist gewährleistet, dass die zu Recht wichtigen Mandate hier mit außerordentlicher Sachkompetenz behandelt werden können? Denn das ist der Anspruch des Parlaments gegenüber der Regierung. Der Bundesaußenminister und die Bundesministerin der Verteidigung sind beide persönlich hier, tragen in exzellenter Art und Weise dazu vor und stehen, wie man gerade gesehen hat, auch zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

(Zurufe von der AfD)

Daran ändert nichts, dass die AfD mit etwas eingeschränktem Gesamtüberblick eine andere Auffassung dazu hat. Es geht hier also darum, ob die Frage berechtigt ist: Ist die Bundesregierung hier ausreichend vertreten? Es ist zwar nicht meine erste Aufgabe, das festzustellen; aber ich jedenfalls habe das Gefühl, dass dieses Parlament gerade bei dieser wichtigen Debatte durch die Bundesregierung exzellent und ausreichend informiert wird. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Ich vermute, Herr Bundesaußenminister, dass Sie auch auf diese Kurzintervention, die sich erkennbar auf Ihren Debattenbeitrag bezogen hat, nicht erwidern wollen. – Ich füge hinzu, dass Ihre These, Herr Kollege Grosse-Brömer, dass die Ausführungen der Bundesministerin der Verteidigung exzellent seien, eine Vorhersage ist, zu deren Erfüllung ich jetzt der Bundesministerin der Verteidigung das Wort erteile.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Andrea Nahles [SPD]: Jetzt liegt die Latte aber hoch!)

**Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung:**

Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie die Latte so hoch gelegt haben. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Afghanistan war in der letzten Woche gleich zweimal Thema im Kabinett: Einerseits haben wir den Perspektivbericht, der Ihnen allen vorliegt, besprochen; andererseits haben wir die Verlängerung und die Anpassung des Mandates für die Resolute Support Mission beschlossen.

Ich möchte zunächst einmal auf den Bericht eingehen. Auftrag war, einen weiten Bogen zu schlagen. Das heißt, der Bericht fängt ganz am Anfang an und erinnert uns daran, dass Ausgangspunkt die schaurigen Anschläge des 11. September 2001 gewesen sind. Infolgedessen haben wir im Auftrag der Vereinten Nationen in Afghanistan interveniert, um zu verhindern, dass es weiterhin Rückzugsort, Trainingscamp und Schaltzentrale des internationalen Terrors sein kann – was es damals war. Wir haben seitdem mit einem umfassenden und vernetzten Ansatz viel unternommen, um für mehr Sicherheit zu sorgen und dem Land nach vielen Jahrzehnten von Krieg und Bürgerkrieg wieder auf die Beine zu helfen.

Dieser Perspektivbericht zeigt auch sehr deutlich, dass es Fortschritte, aber auch Rückschläge gibt. Ich möchte auf beides eingehen.

Zunächst einmal zu den Fortschritten. Für die Menschen in Afghanistan ist entscheidend, dass sich ihre Lebensverhältnisse unterm Strich bessern. Die großen globalen Daten der letzten 17 Jahre zeigen: Die Lebenserwartung in Afghanistan ist seit 2001 von 45 Jahren auf 60 Jahre gestiegen. Die Mütter- und Kindersterblichkeit ist gesunken; die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren hat sich halbiert. Das Bruttoinlandsprodukt ist um das Achtfache gestiegen – sicher von niedrigem Niveau,

**Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen**

- (A) aber die Richtung stimmt. Das Pro-Kopf-Einkommen ist um das Fünffache gestiegen. Heute gehen 8 Millionen Kinder in die Schule; 2001 waren es nicht einmal 1 Million. Heute sind ein Drittel dieser Schulkinder Mädchen. Hunderttausende junge Männer und Frauen studieren an der Universität in Kabul. Ich selber habe junge Frauen gesehen, die dort Rechtswissenschaften studieren. Eben hieß es zu Recht, dass über 40 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre sind. Man muss wissen, dass die heutige Generation der bis zu 15-Jährigen, soweit sie im schulpflichtigen Alter sind, lesen und schreiben kann; das war 2001 nicht der Fall. Diese jungen Menschen, die nächste Generation Afghanistans, haben damit vollen Zugang zu Informationen. Sie können lesen, was sie interessiert; sie können sich ihre Meinung bilden und dafür auch aufstehen. Das wäre unter den Taliban niemals möglich gewesen, und das kann den jungen Menschen keiner mehr nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Aber es hat ganz ohne Zweifel auch Rückschläge gegeben, auch was die internationale militärische Präsenz angeht, gerade in der sensiblen Zeit des Übergangs vom Schwerpunkt Unterstützung, also ISAF, zur Konzentration auf die Ausbildung, also Resolute Support Mission, in der Phase also, in der die afghanischen Sicherheitskräfte selbst die Sicherheitsverantwortung für das Land übernehmen mussten, und dies bei hohem Druck der Insurgenz. In der Rückbetrachtung muss man sagen – das zeigt dieser Perspektivbericht sehr deutlich –: Die internationalen Kräfte sind zu schnell abgezogen worden, 90 Prozent innerhalb kurzer Zeit. Der Winter 2014/2015 bedeutete für das Land einen tiefen Einschnitt, eine Zerreißprobe mit dem ersten demokratischen Machtwechsel und der gleichzeitigen Übernahme der Sicherheitsverantwortung. Das konnte nicht gut gehen, wenn zur selben Zeit der militärische Druck auf die Taliban nachgelassen und sich insbesondere der Druck aus der Luft verringert hat. Zugleich nahm die neue Regierung der nationalen Einheit damals nur sehr zögerlich Reformen in Angriff. Resultat waren zeitweise erhebliche Sicherheitsdefizite, insbesondere im Jahr 2015, mit dem Verlust einiger Provinzhauptstädte; dazu gehörte vorübergehend auch Kunduz.

- (B) Afghanistan hat diesen schwierigen Übergang auch dank der verbliebenen internationalen Unterstützung bisher gemeistert. 2016 sind acht Provinzhauptstädte durch die afghanischen Sicherheitskräfte zurückerobert worden, allerdings mit einer sehr hohen Zahl an Opfern. Heute agieren die afghanischen Sicherheitskräfte mit mehr Engagement und mehr und mehr offensiv, allerdings noch mit hohen Verlusten. 60 Prozent des Landes sind unter der Kontrolle der afghanischen Regierung, und zwei Drittel der Bevölkerung sind geschützt. Das ist nicht genug – aber immerhin! Wir sollten das nicht kleiner reden, als es ist.

Es liegt noch ein weiter Weg vor uns und der internationalen Gemeinschaft. Der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte ist noch lange nicht abgeschlossen. Es ist gut, dass der Aufbau der afghanischen Luftwaffe inzwischen voranschreitet. Der Generationenwechsel in-

nerhalb der Streitkräfte, vor allem im wichtigen Segment der Corpskommandeure, wird langsam eingeleitet. Es ist gut und wichtig und ein couragierter Schritt von Präsident Ghani, dass er jetzt endlich den unverzichtbaren Versöhnungsprozess voranbringen möchte, indem er zu Gesprächen mit jenen Taliban bereit ist, die Gespräche führen wollen. (C)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Frau Bundesministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Keul von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

**Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung:**

Gerne.

**Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Zwischenfrage ist auch ganz kurz. Das hört sich zwar alles gut an; aber ich frage Sie: Was ist Ihre Strategie in Afghanistan? Was ist vor allen Dingen die Exit-Strategie? Was muss erreicht werden, damit der Einsatz jemals beendet werden kann?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

**Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung:** (D)

Erstens. Afghanistan darf nicht wieder zur Brutstätte des Terrors werden. Das heißt, der Terror dort muss nachhaltig bekämpft sein.

Zweitens. Der nachhaltige und langfristige Schutz gegen den Terror ist, dass das Land in der Lage ist, seine eigene Sicherheit in die Hände zu nehmen, und wirtschaftlicher Aufbau und damit Perspektiven für die Menschen möglich ist. Das ist unser gemeinsames Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

Zugleich muss – das schließt daran an – eine umfangreiche Reformagenda umgesetzt werden. Ich habe eingangs gesagt, dass die Regierung nur sehr zögerlich die Reformagenda angegangen ist. Ich finde es richtig, dass wir inzwischen dazu übergegangen sind, einen Teil der Entwicklungszusagen an die Umsetzung der Reformagenda, die 2016 verabredet worden ist, zu binden. Es werden jetzt wichtige Schritte eingeleitet; dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Im Hinblick auf die Bekämpfung der grassierenden Korruption in diesem Land haben inzwischen Audits der internationalen Gemeinschaft im afghanischen Finanz- und Bankensystem begonnen, um nachzuverfolgen, wo die Mittel landen. Eine ganze Folge weiterer wichtiger Reformen ist jetzt in Angriff genommen worden; aber sie wird an Entwicklungszusagen gekoppelt.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Mandat wird Deutschland mit der Bundeswehr – wir sind

**Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen**

- (A) ja Rahmennation für 20 weitere Nationen, die mit uns im Norden tätig sind – die Verantwortung für die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte behalten. Mir haben bei meinem Besuch in Afghanistan unsere Ausbilder gesagt, dass sie den Auftrag „Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte“ viel besser ausführen könnten, wenn sie denn mehr Schutzpersonal hätten. Mit anderen Worten: Sie erfüllen ihren Ausbildungsauftrag bisher nur etwa zur Hälfte und sind die andere Hälfte der Zeit im Camp, weil sie nicht draußen in den definierten Gebieten sein können, wo die Ausbildung stattfindet. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir die Obergrenze jetzt erhöhen können. Das heißt nämlich, dass wir mehr Guardian Angels, mehr Schutzpersonal, einsetzen können, damit der Auftrag, der uns gegeben ist und den die Ausbilder auch wahrnehmen wollen – das ist ja das Ziel dieses Mandats –, unter dem Schutz von Soldatinnen und Soldaten ausgeführt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In diesem Sommer stehen in Afghanistan Parlamentswahlen an. Schon bei der letzten Wahl – daran werden Sie sich erinnern, meine Damen und Herren – sind die Menschen, insbesondere Frauen, trotz der großen Gefahr und der Drohungen, die gegen sie ausgesprochen worden sind, in überwältigender Mehrheit zur Wahl gegangen. Das zeigt, dass die Menschen in Afghanistan ein Leben ohne Angst wollen, ein Leben ohne Terror wollen, nicht unter der Fuchtel der Taliban, sondern frei leben wollen. Sie wollen Perspektive, und sie wollen Teilhabe. Aber die Stabilität in diesem Land mit seiner unendlich rauen Geschichte ist etwas, für das wir strategische Geduld brauchen – gewiss nicht für immer, aber sicher noch für eine geraume Zeit. Richtig bleibt auch nach 17 Jahren, dass ein stabiles Afghanistan auch in unserem Sicherheitsinteresse ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Jetzt erteile ich dem Kollegen René Springer, AfD, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**René Springer (AfD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fünf Bundesregierungen in Folge haben seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vergeblich versucht, die Taliban zu besiegen und den Afghanen ein Staatsmodell aufzuzwingen, das die Mehrheit dort gar nicht will.

(Beifall bei der AfD)

Das Ergebnis ist ein absolutes Desaster. Der Krieg am Hindukusch geht jetzt in sein 17. Jahr und dauert damit schon wesentlich länger als beide Weltkriege zusammen. Heute beantragt die sechste Bundesregierung die Verlängerung des Afghanistan-Mandats. Nach so vielen Jahren

ist es Zeit, zu fragen, wie lange das noch so weitergehen soll. (C)

Die Bundesregierung selbst spricht von einer Generationenaufgabe, die Geduld erfordert. Aber ist es überhaupt im Interesse Deutschlands und seiner Bürger, dass wir uns noch weitere 10, 20 oder 30 Jahre an diesem Krieg beteiligen und jeden einzelnen Tag damit rechnen müssen, dass deutsche Soldaten im Zinksarg zu ihren Familien heimkehren? Die AfD-Fraktion sagt: Nein.

(Beifall bei der AfD)

Es ist vielmehr an der Zeit, dass sich Bundestag und Bundesregierung ehrlich machen. Der Krieg in Afghanistan ist verloren. Die Regierung in Kabul versinkt in einem Sumpf aus Chaos, Vetternwirtschaft und Korruption. Die Taliban sind auf dem Vormarsch und beherrschen heute größere Gebiete als nach ihrem Machtverlust 2001. Auf dem globalen Terrorindex steht Afghanistan auf Platz zwei, gleich hinter dem Irak. Tausende Soldaten und Polizisten desertieren.

Für Deutschland ist Afghanistan heute eines der Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge. Inzwischen halten sich mehr als eine Viertelmillion Afghanen in Deutschland auf. Diese Zahl muss Anlass für uns sein, uns darüber klar zu werden, welche Interessen Deutschland in Afghanistan verfolgt. Das Ziel Deutschlands muss es sein, den Flüchtlingsstrom aus Afghanistan zu stoppen und die in Deutschland lebenden afghanischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzubringen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der LINKEN: Pfui!) (D)

Das ist im Interesse der deutschen Bürger. Das ist im Interesse des sozialen Friedens in unserem Land.

Aber da passiert nichts. Lächerliche 121 Abschiebungen gab es im Jahr 2017.

(Zuruf der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])

Darüber will ich hier aber gar nicht sprechen, vielmehr über die freiwilligen Rückkehrer. Davon gab es in den vergangenen zwei Jahren lediglich 4 500. Im selben Zeitraum kehrten übrigens nach Angaben der Bundesregierung bis zu 1 Million Afghanen aus Iran und Pakistan in ihre Heimat zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das zeigt: Die mangelnde Rückkehrbereitschaft der Afghanen in Deutschland hat nichts mit der Lage in ihrer Heimat zu tun.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der LINKEN)

Nein, sie bleiben hier – so steht es auch im aktuellen Bericht der Bundesregierung zum Afghanistan-Engagement –, weil Geldüberweisungen mittlerweile ein erheblicher Wirtschaftsfaktor geworden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dieses Problem muss aber in Berlin und nicht in Kabul gelöst werden.

(Beifall des Abg. Karsten Hilse [AfD])

**René Springer**

- (A) Unsere Sicherheit und inzwischen auch unseren Sozialstaat müssen wir hier in Deutschland verteidigen und eben nicht am Hindukusch.

(Beifall bei der AfD)

Mit Frankreich und Kanada sind enge Verbündete Deutschlands bereits mit gutem Beispiel vorangegangen; sie haben ihre Soldaten aus Afghanistan abgezogen. Die Bundesregierung hingegen hat aber offenbar nicht den Schneid, das Scheitern des Westens in Afghanistan gegenüber der deutschen Öffentlichkeit einzugestehen, und sie hat auch nicht den Schneid, gegenüber den USA den Rückzug durchzusetzen. Das ist keine verantwortungsvolle Politik; das ist feige Politik.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, der Westen hat den Krieg am Hindukusch verloren, und ein fahrlässiges Weiter-so in Afghanistan ist nicht im deutschen Interesse. Afghanistan ist uns, um mit Bismarck zu sprechen, nicht die gesunden Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion lehnt den Antrag der Bundesregierung ab.

Danke sehr.

(Beifall bei der AfD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

- (B) Jetzt erteile ich das Wort der Kollegin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland hat in Afghanistan eine sehr große Verantwortung übernommen, übrigens auch für die vielen anderen Nationen, die von einem plötzlichen Abzug der Bundeswehr direkt betroffen wären, vor allem aber für die Stabilität des Landes. Die deutschen Soldatinnen und Soldaten schaffen damit gemeinsam mit den internationalen Partnern die Rahmenbedingungen für einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess, der in den vergangenen Jahren vor allem im Bereich der Bildung große Fortschritte gemacht hat. Dass junge Männer und insbesondere junge Frauen in diesem Land an Bildung teilhaben können, ist die Grundlage für eine neue, eine stabile Gesellschaft. Dieser Prozess ist die Voraussetzung dafür, dass auch ein nachhaltiger politischer Wandel stattfinden und Stabilität dauerhaft einkehren kann, und das ist auch im Interesse Deutschlands.

(Beifall bei der FDP)

Solche tiefgreifenden Veränderungen brauchen Zeit, mitunter, ja, eine ganze Generation. Wir können die Veränderungen nämlich nicht erzwingen; wir können sie aber begleiten, unterstützen und absichern. Das haben wir bisher getan, und das sollten wir auch weiter tun in einem vernetzten Ansatz, zu dem auch der Ausbildungs- und Unterstützungseinsatz der Bundeswehr gehört.

- (C) Im Dezember haben wir Freie Demokraten unsere Zustimmung zur Verlängerung mit einer Forderung verbunden, der Forderung nach einer umfassenden Evaluierung dieses Mandates. Nun gibt es endlich, auf unsere Initiative hin, wenigstens einen Perspektivbericht.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja! Das haben andere vor Ihnen schon viele Jahre gefordert!)

Dieser Bericht ersetzt jedoch nicht eine regelmäßige Überprüfung dessen, was wir mit diesem Mandat bewirken wollen und was wir bewirken können. Wir erwarten, dass weitere Berichte regelmäßig folgen – unaufgefordert vor allen Dingen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Personalaufstockung für den Einsatz, welche uns hier vorgelegt wurde, ist zwar eine logische Konsequenz aus dem gestiegenen Schutzbedarf der Ausbilder. Das Ministerium muss dann aber auch dafür Sorge tragen, dass die Bundeswehr genügend qualifiziertes Personal hat, um diese Zusatzbelastungen zu stemmen; denn schon jetzt müssen Soldatinnen und Soldaten länger oder öfter in den Auslandseinsatz als vorgesehen, und das ist nicht zumutbar.

(Beifall bei der FDP)

- (D) Die Personalaufstockung darf nicht dazu führen, dass in der Bundeswehr das Material wie in den letzten Jahren – ich muss das so salopp sagen – zusammengekratzt wird; denn das geht auf Kosten der Soldatinnen und Soldaten, die zu Hause ihren Dienst tun. Frau Ministerin, Sie gehen jetzt in Ihr fünftes Jahr im Amt. Trendwenden sind wichtig. Bei allem Respekt für die schwierige Arbeit: Ich kann dieses Wort wirklich nicht mehr hören. Sorgen Sie dafür, dass aus Trendwenden spürbare Verbesserungen werden, die die Truppe auch zu Hause erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine offene Debatte darüber, welche Rolle wir in Zukunft auf dieser Welt einnehmen wollen und können. Dazu gehört der Ehrlichkeit halber auch, auf den Tisch zu legen, was dies für die Bundeswehr bedeutet. Warum fällt es in Deutschland vielen so schwer, zu artikulieren, was wir bereit sind für unsere Sicherheit und letztlich für unsere Freiheit zu tun? Warum fällt es so vielen schwer, zu artikulieren, was die Soldatinnen und Soldaten dafür brauchen und was schlecht und, ja, was miserabel läuft? Diese Debatte schulden wir unseren Soldatinnen und Soldaten und auch unseren Bündnispartnern in der Welt.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Nächster Redner ist der Kollege Stefan Liebich, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Stefan Liebich (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 2001 hat Gerhard Schröder, verbunden mit einer

**Stefan Liebich**

- (A) Vertrauensfrage, die Zustimmung des Deutschen Bundestages zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan erwirkt; einige wenige der Kolleginnen und Kollegen waren damals dabei. Wahrscheinlich hat damals niemand gedacht, dass wir heute – 17 Jahre danach – immer noch über diesen Einsatz reden. Niemand hat gedacht, dass wir hier den Tod von 57 Bundeswehrsoldaten zu beklagen haben. Niemand hat gedacht, dass 150 000 Menschen auf allen Seiten ihr Leben lassen mussten. 2017 wird das Jahr sein, in dem wir das vierte Jahr in Folge über 10 000 tote Zivilisten zu beklagen haben. Ja, die meisten davon fielen den Taliban zum Opfer; aber wer meint, noch mehr Soldaten dorthin schicken zu müssen, der irrt sich.

(Beifall bei der LINKEN)

US-Präsident Donald Trump hat eine neue Afghanistan-Strategie verkündet. Er hat gesagt: Wir brauchen wieder mehr Soldaten, wir brauchen mehr Luftangriffe. – Das Ganze trägt aus meiner Sicht aber eher zu einer Eskalation statt zu einer Beruhigung bei. Deshalb finde ich nicht, dass wir dabei mitmachen sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die USA setzen immer größere Bomben ein. Die Taliban reagieren darauf mit immer grausameren Terroranschlägen. Ich befürchte für das nächste Jahr neue Rekordopferzahlen. Wir müssen endlich raus aus diesem Teufelskreis.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Herr Maas und Frau von der Leyen, Sie konnten die Frage nach Strategie und Ziel hier nicht beantworten. Ist das Ziel die Vernichtung der Taliban? Ist das Ziel, dass wir Brunnen und Straßen bauen? Ist das Ziel, dass Mädchen zur Schule gehen können? Ist das überhaupt Aufgabe der Bundeswehr?

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neulich nannte ein SPD-Kollege im Auswärtigen Ausschuss einen neuen Grund. Er sagte, wir müssten verhindern, dass die Taliban dort an die Macht kommen; denn wenn sie an die Macht kämen, kämen noch mehr Flüchtlinge. Wenn man das zu Ende denkt, dann müssten wir auf eine dauerhafte Besetzung dieses Landes zielen. Das will doch keiner.

Auf der anderen Seite ist die Frage berechtigt – ich stelle das einmal als Behauptung in den Raum –, ob die deutsche Bundesregierung hier überhaupt eine eigene Strategie hat oder einfach dem Zickzackkurs der US-Regierung folgt. Wenn Obama sagt: „Wir brauchen weniger Soldaten, wir beenden den Einsatz“, dann sagt das auch die Bundesregierung. Einige können sich vielleicht erinnern: In der letzten Wahlperiode haben die Kollegen der Bundesregierung und der letzten Großen Koalition genau so argumentiert. Sie haben gesagt: Es gibt einen Abzug, es werden immer weniger Soldaten. – Damit wurde die Zustimmung in den eigenen Reihen erreicht. Davon ist heute, wie Frau von der Leyen sagt, keine Rede mehr. Wir reden nicht mehr über ein Abzugsdatum. Es soll im-

mer so weitergehen. Wenn Trump sagt: „mehr Soldaten“, schicken wir mehr Soldaten; wenn Obama sagt: „weniger Soldaten“, schicken wir weniger Soldaten. Wo ist da die eigene Strategie der Bundesrepublik Deutschland? (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun wäre es aus meiner Sicht natürlich auch kein sinnvoller Weg, einfach die Zelte abzurechen, wegzugehen und zu sagen: „Uns interessiert Afghanistan nicht“, so wie es die AfD vorgetragen hat. Deutschland hat in den letzten 17 Jahren in diesem Land Verantwortung übernommen, und deshalb können wir nicht einfach gehen.

Es gibt aber Dinge, die wir tun können. Das Erste und Wichtigste ist – da gibt es eine große Differenz zu Ihnen ganz rechts im Hause –: Wir finden, dass Menschen, die aus diesem Krieg fliehen, hier Unterschlupf bekommen müssen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch Sammelabschiebungen vorzunehmen in ein Land, von dem Heiko Maas, wie er gerade gesagt hat, nicht weiß, wie dort die Sicherheitslage ist, ist doch absurd.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Natürlich kann man zivile Kräfte vor Ort unterstützen, da, wo Hilfe gewünscht ist. Die Berufsausbildung ist dafür ein gutes Beispiel. Wir sollten uns auch finanziell engagieren, und zwar dort, wo das Geld nicht in Korruption versinkt. Es gibt also Möglichkeiten, etwas zu tun. Es gibt inzwischen auch gute Infrastrukturprojekte mit den Nachbarländern. Vielleicht sollten wir auch darüber nachdenken, anders als bisher mit offenen Märkten ehrliche Alternativen zum Opiumanbau zu erwirken. (D)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet dann tatsächlich Subventionen und festgesetzte Preise. Da zucken bei Ihnen einige zusammen; aber das ist die einzige Chance, damit die Leute andere Lebensperspektiven bekommen.

All das ist möglich, und all das ist ein besserer Beitrag für ein friedliches Afghanistan als das, was Sie uns hier heute vorschlagen, nämlich noch mehr Soldaten. Dazu werden wir Nein sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Jetzt erteile ich das Wort der Kollegin Agnieszka Brugger, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz aller deprimierenden Entwicklungen in Afghanistan wäre es falsch, so zu tun, als ob sich in diesen 17 Jahren nichts zum Positiven verändert hätte. Ob mit Blick auf die Medienlandschaft, auf die Infrastruktur, auf die Gesundheit, auf die Frauenrechte oder auf den Bildungsbereich: Es gab einige Fortschritte. Bei allen unterschiedlichen Meinungen in diesem Haus, von der FDP bis zur Linkspartei, sind wir uns doch bei der Bewertung dieses Einsatzes in einem Punkt, glaube ich, alle einig: dass eine Lehre aus der Vergangenheit sein muss, dass wir zu wenig zivile Antworten gegeben haben. Das birgt die Verpflichtung, unabhängig vom Militäreinsatz hier viel mehr zu tun, und das auch noch sehr lange.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach 17 Jahren mit Militäreinsätzen in Afghanistan ist die Lage aber nach wie vor sehr gefährlich und sehr instabil. Der Frieden ist nicht nur nicht in Sicht, sondern rückt, wenn man sich die bedrückenden Zahlen anschaut, auch immer mehr in weite Ferne. Über 10 000 Menschen sind allein im letzten Jahr bei Anschlägen getötet und verletzt worden. Ein Bericht für den US-Kongress zeigt ein sehr deprimierendes Bild: Nur zwei Drittel des Landes sind noch unter Kontrolle der afghanischen Sicherheitskräfte, und das heißt ja auch nicht, dass dort alles gut ist; ich nenne hier nur das Stichwort „Korruption“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) Was aber aus meiner Sicht gar nicht geht – Herr Grosse-Brömer hat uns ja gerade Exzellenz versprochen –, ist, dass die Bundesregierung bezüglich der Frage von Abschiebungen und der Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan darauf verweist, dass es ja sichere Zonen gibt. Das haben Sie uns schon viele Monate erzählt. Wir haben nachgefragt. Der Kollege Nouripour hat sogar aufgedeckt, dass in einer Ihrer exzellenten Antworten Regionen aus dem Iran einbezogen sind. Das zeigt doch, dass Sie sich hier immer mehr in Widersprüche verstricken,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

wenn Sie sagen, dass dieser Militäreinsatz weitergehen muss, weil alles so schwierig wird. Da muss man sagen: Hören Sie doch endlich mit dieser schabigen Praxis und diesen verlogenen Widersprüchen auf!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab vor ein paar Wochen einen Hoffnungsschimmer, eine große Konferenz mit breiter internationaler Beteiligung, die den Weg für mögliche Verhandlungen mit den Taliban und anderen Aufständischen bereiten sollte. Aber auch dieser Hoffnungsschimmer wird gleich wieder getrübt und gefährdet durch zwei Entwicklungen – eine ist vom Kollegen Liebich schon angesprochen worden –: Unter US-Präsident Donald Trump gibt es einen Rückfall in die gefährliche und bereits vor Jahren gescheiterte Logik,

wieder militärische Eskalation zu betreiben. Man kann doch keine Verhandlungslösung anstreben, wenn das Erste, was dieser Präsident tut, ist, die größte Bombe, die er hat, auf Afghanistan abzuwerfen, die Geheimoperationen, die Luftangriffe wieder hochzufahren. So verhindert man diesen wichtigen Prozess.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dass der größte Truppensteller dort eine solch gefährliche Trendwende einleitet, führt bei der Bundesregierung zu gar nichts. Zu solch einem gefährlichen Kurswechsel kann man, wenn man gemeinsam in einem Einsatz ist, doch nicht einfach schweigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Dann reden Sie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie erinnern sich vielleicht, wie die Taliban, als vor ein paar Jahren in Afghanistan die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattgefunden haben, versucht haben, das zu verhindern, und wie die Menschen trotzdem voller Hoffnung zu den Urnen gestürzt sind. Das war einer der Momente, wo sich wirklich etwas zum Positiven hätte verändern können. Wenn man sich aber anschaut, was die dann gewählte afghanische Regierung getan hat, wie die Hoffnung und Zukunft der Menschen verspielt worden ist – auch von anderen in der Opposition –, sowohl von der Einheitsregierung von Herrn Ghani und Herrn Abdullah als auch von der neuen selbsternannten Koalition zur Rettung von Afghanistan mit Warlords wie Atta Noor und Dostum, dann muss man sagen: Das ist das alte Spiel von Klientelpolitik und Korruption. Das führt immer weiter abwärts. Auch hier kann die Bundesregierung doch nicht schweigen.

Herr Maas, es ist schön, dass Sie hier Selbstkritik einfordern. Schauen Sie doch einmal in Ihren Perspektivbericht, der zu Recht nicht mehr „Fortschrittsbericht“ heißt. Da reden Sie genau diese Entwicklung schön. Hier müssen Sie wirklich einmal die Wahrheit sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es ist nicht einfach. Aber diese harten, schwierigen Fragen nach dem Sinn, der Dauer, den Zielen und den Erfolgchancen dieses gefährlichen, langen und großen Militäreinsatzes muss man ehrlich stellen. Die Befürworter müssen sie endlich einmal beantworten. Gerade solche Einsätze brauchen eine gute Rechtfertigung, eine klare Strategie, Abzugsperspektiven und nicht nur leere Durchhalteparolen, wie sie hier die Bundesregierung und auch die Koalition geliefert haben.

Vielen lieben Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)



(A) **Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**  
Nächster Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dr. Reinhard Brandl, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Acht Jahre dauert es, bis ein Offizier der Bundeswehr so weit ausgebildet ist, dass er erste Führungsverantwortung übernehmen kann. Nach 13 Jahren führt er eine Kompanie und nach 18 Jahren ein Bataillon. Die afghanische Armee ist erst vor 15 Jahren gegründet worden, ist von Tag eins an im Einsatz und wird jetzt nach und nach aufgebaut. Ein Vergleich der afghanischen Armee mit der Bundeswehr hinkt an vielen Stellen,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Hinkt sehr!)

aber einen Punkt möchte ich an dieser Stelle erwähnen: Der Aufbau einer Armee inklusive der Ausbildung der dafür notwendigen Führungskräfte ist kein Prozess von Jahren, sondern es ist ein Prozess von Jahrzehnten. Und es ist auch kein Prozess, der immer nur gerade und nach einem festen Plan verläuft. Er verläuft schon gar nicht nach einem Plan, den wir hier, 4 700 Kilometer von Kabul entfernt, in unserem warmen Bundestag schmieden.

(B) Meine Damen und Herren, unsere Vorgänger haben sich 2001 trotzdem dafür entschieden, in den Einsatz nach Afghanistan zu gehen. Auch hatten wir seit 2001 Phasen, in denen wir oft gefragt worden sind, ob der Einsatz überhaupt Sinn macht. Ich sage auch: Diese Frage wird mir in den letzten Jahren nicht mehr so häufig gestellt. Angesichts von Migration und Terrorismus ist in der Bevölkerung ein Bewusstsein gewachsen, dass ein stabiles Afghanistan im deutschen Interesse liegt. Wir leisten gesamtstaatlich einen großen Beitrag dazu. Wir sind für Afghanistan zweitgrößter bilateraler Geber: 430 Millionen Euro jedes Jahr. Wir leisten einen Beitrag zum Aufbau der Polizei. Wir unterstützen jetzt bei der Vorbereitung der Wahlen. Wir leisten auch einen Beitrag bei der Ausbildung der afghanischen Armee. Unser Auftrag ist nicht mehr ein Kampfauftrag. Der Auftrag, den wir in Afghanistan haben, ist Beratung und Unterstützung. Ende 2014 hat die afghanische Armee die Sicherheitsverantwortung für das Land vollständig übernommen. Auch dieser Prozess ist seither nicht ganz nach Plan verlaufen.

Lieber Herr Kollege Liebich, ja, wir sind jetzt schlauer. Die afghanische Armee war nicht in der Lage, die Sicherheit vollständig zu garantieren.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das ist verharmlosend!)

Es ist ein Vakuum entstanden. Auf dem Weg dazu gab es auch Rückschläge. Die Taliban haben insbesondere auf dem Land wieder an Boden gewonnen, und es gibt in den Städten immer wieder Anschläge, vor allem auf Regierungsstellen und internationale Organisationen. Ein solcher Anschlag war zum Beispiel der Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul, die immer noch nicht vollständig handlungsfähig ist. Aber an diesem Beispiel sieht man eines: Durch diese veränderte Sicherheitslage

(C) wird es auch für unsere zivilen Entwicklungshelfer immer schwieriger, ihre Aufgabe zu erfüllen. Es gilt hier wie an anderer Stelle der Satz: Ohne Sicherheit keine Entwicklung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wenn wir in Afghanistan Entwicklung wollen, dann müssen wir die afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage versetzen, selbst und nachhaltig für Sicherheit im Land zu sorgen. Das ist ein langer Weg, der nicht Jahre, sondern – ich habe es gerade angesprochen – Jahrzehnte dauert. Auf diesem Weg gibt es immer wieder Rückschläge, dennoch sind sie gut unterwegs. Wir sind an ihrer Seite, um ihnen ab und zu auch einmal die Richtung zu zeigen.

Wir haben eine Verantwortung für Afghanistan übernommen. Seit 2001 sind wir in dem Land präsent. Dort hat sich vieles zum Guten entwickelt, und wir werden und dürfen das Land jetzt auch nicht im Stich lassen. Dementsprechend werden wir dem Mandat auch dieses Mal zustimmen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Damit schließe ich die Aussprache.

(D) Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen auf den Drucksachen 19/1094 und 19/1120 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sie sind damit einverstanden? – Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Stefan Keuter, Albrecht Glaser, Franziska Gminder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Antrag auf sofortige und uneingeschränkte Abschaffung des Solidaritätszuschlags**

**Drucksache 19/1179**

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie  
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Stefan Keuter, AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Stefan Keuter (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer an den Fernsehgeräten und in den sozialen Netzwerken! Der Deutsche Kaiser wollte